



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschuss

Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung planungsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/92

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 23. August 2012 überwiesenen Gesetzentwurf zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung planungsrechtlicher Vorschriften in mehreren Sitzungen befasst und eine schriftliche Anhörung durchgeführt. Er schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 24. Oktober 2012 ab.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eines Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und eines Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN empfiehlt er dem Landtag, den Titel des Gesetzentwurfs, Drucksache 18/92, in „Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Gesetzes zur Änderung landesplanungsrechtlicher Vorschriften“ zu ändern und das Gesetz im Übrigen unverändert anzunehmen.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende